Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 60. Abendblatt. Mittwoch, den 5. Februar 1868.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. Se. Majestät der König nahm gestern die Vorträge des Polizei-Präsidenten, des General-Lieutenants v. Podbielski und des Militär-Kabinets, sowie im Beisein des Gouverneurs und Kommandanten die Meldungen der Generale v. Wrangel, v. Trotha und des Oberst v. Houwald entgegen.

— J. Königl. Hoh. die Prinzessin Karl feierte gestern Höchstihren Geburtstag. Auch der Minister-Präsident begab sich gegen 12 Uhr in das Prinzliche Palais, um J. K. Hoh. seinen Glückwunsch darzubringen.

— Von der Marine-Behörde ist bestimmt, daß Sr. Maj. Schiff „Adler" gedockt werden soll, sobald das Schiff „Arcona" das Dock zu Danzig verlassen haben wird.

— Durch Allerhöchsten Erlaß vom 22. Januar d. J. ist, in Folge Präsentation der Stadt Berlin, der Stadtrath, Geh. Ober-Finanzrath a. D. Wilckens zum Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen.

— Nach einer in Lemberg gehaltenen amtlichen Regierungsanfrage in Betreff der Wasserverhältnisse der Weichsel ist, wie die „N.-Z." meldet, der Bescheid ergangen, daß in dem ganzen Gebiete des Weichselstroms außerordentlich hohe Schneemassen, namentlich in den Gebirgsgegenden, gefallen sind, welche bei dem Eintreten eines plötzlichen Thauwetters nicht nur einen sehr hohen Wasserstand, sondern auch Ueberschwemmungsgefahren befürchten lassen. Den Niederungsgegenden der Weichsel in Preußen droht daher große Gefahr und es werden sicher die geeigneten Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Berlin, 5. Februar. Die „N. A. Z." schreibt: Der Herr Minister-Präsident nahm in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. d. M. bei der Berathung des Gesetz-Entwurfes, betreffend die Bestreitung der, dem König Georg und dem Herzog Adolph zu Nassau gewährten Ausgleichungssumme, Veranlassung, in ganz bestimmter Weise zu erklären, daß das gegenwärtige Kabinet diejenige Majorität des Hauses, welche die Politik der Regierung durch Verwerfung des Gesetz-Entwurfs desavouiren sollte, in die Lage versetzen würde, die Fortsetzung der Regierungsgeschäfte ohne den hannoverschen Vertrag zu übernehmen. — Diese Erklärung hat im Landtage einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Wir wollen hier die Bedeutung des Eintritts eines solchen Ereignisses nicht weiter erörtern; es ist durch die Entscheidung der Majorität verhindert worden. Wenn aber je ein Ministerium dem Könige und Vaterlande mit der Hingabe aller Kräfte gedient hat, so ist es das gegenwärtige Kabinet. Wir brauchen von den Erfolgen seiner Arbeit nicht zu sprechen; die Weltgeschichte führt für uns das Wort. Aber wir haben die Pflicht zu erinnern, daß alle irdischen Kräfte eine Grenze haben und daß der preußische Landtag dies bei seiner Haltung beherzigen möge. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, war vor einigen Tagen in sehr ernster Weise erkrankt. Jetzt ist die Gefahr beseitigt; hoffen wir, den Herrn Minister bald seiner Thätigkeit wieder gegeben zu sehen. Seine Krankheit war das Ergebniß seiner angreifenden Thätigkeit in den letzten Monaten. Der Gesundheitszustand anderer Mitglieder des Ministeriums liefert nicht minder den Beweis, daß ihre Aemter keine Sinekuren sind. Wenn der Herr Ministerpräsident in jener Sitzung in Bezug auf die Erschwerungen, welche eine „erhebliche Anzahl der Capacitäten des Landes" dem Kabinet in der Leitung der Staatsgeschäfte bereitet, äußerte: „Es ist das eine Maschine, in deren Friktion jede Persönlichkeit nach einiger Zeit zu Grunde gehen muß," so ist diese Bemerkung durch den leidenden Zustand des Herrn Kriegsministers und durch das Befinden des Herrn Kultus-Ministers bekräftigt, welcher seit längerer Zeit seinen angegriffenen Nerven Ruhe hat gewähren müssen. Daß der frühere Herr Justizminister Graf Lippe sowohl vor zwei Jahren als auch im vorigen Jahre seine Kräfte dergestalt verbraucht hatte, daß derselbe seinem Amte nicht ferner vorstehen konnte, und daß auch der Herr Ministerpräsident noch heute nicht die frühere Arbeitskraft wieder erlangt hat, sind sprechende Thatsachen. Der frühere Finanzminister Herr v. Bodelschwingh, welcher im Jahre 1865 durch die volle Erschöpfung seiner Kraft veranlaßt wurde, aus dem Ministerium zu scheiden, ist heute noch nicht so weit hergestellt, daß derselbe der Regierung, welcher er früher angehörte, an der Spitze der konservativen Partei den vollen Beistand zu leisten vermöchte, wozu ihn seine Vergangenheit befähigen würde. — Das sind sprechende Thatsachen.

Berlin, 4. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 42. Sitzung. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. — Am Ministertische: Frhr. v. d. Heydt; später erscheint Graf Bismarck. — Die Tribünen sind nur mäßig besetzt. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht der hannöversche Domanial-Ablösungs- und Veräußerungsfonds. Die Kommission hat dem Gesetzentwurfe im Wesentlichen zugestimmt und nur die Jahreszinsen auf 500,000 Rt. statt 550,000 Rt. festgesetzt. — Außerdem liegen verschiedene Amendements vor. — Abg. v. Kardorf will eine Jahresrente von 500,000 Rt. aus dem Staatshaushalt überweisen, Abg. v. Brauchitsch eine Jahresrente von 100,000 Rt. dauernd und von 400,000 Rt. auf die Dauer von 10 Jahren, Abg. v. Diest im Staatshaushalt für 1868 unter den „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben" 500,000 Rt. zu den im Gesetzentwurf genannten Zwecken bewilligen, während der Abg. Dr. Francke Gesetzesvorlagen verlangt, welche eine die Selbstverwaltung fördernde Umgestaltung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungen und die Gewährung einer entsprechenden Jahresrente für alle Provinzen der Monarchie enthalten. — Endlich hat der Abg. v. Bonin (Genthin) einen ganz neuen Gesetz-Entwurf eingebracht, nach welchem die Einnahmen aus dem vormals hannoverschen Domanial-Ablösungsfonds alljährlich im Etat festgestellt und aus diesen Einnahmen, bis ein solcher Fonds für alle Provinzen gebildet sei, der Provinz Hannover 550,000 Rt. jährlich überwiesen werden sollen. — Zur General-Diskussion melden sich 22 Redner für und 35 Redner gegen die Vorlage. — Zum Beginne erläutert der Berichterstatter Abg. Kanngießer die Beschlüsse der Kommission, indem er dabei bemerkt, daß er nicht im Stande sei, den verschiedenen Amendements auf Gewährung einer jährlichen Rente seine Zustimmung zu geben. Das Terrain der Selbstverwaltung, welches für die Provinz Hannover durch die Vorlage gewonnen werde, sei auch für die übrigen Provinzen zu erobern und es seien in dieser Beziehung auch von der Staatsregierung in der Kommission die bündigsten Erklärungen abgegeben. Allerdings stehe den Bestrebungen die provinzialständische Verfassung der alten Provinzen entgegen und es sei daher dem diese Hindernisse beseitigenden Antrage des Abg. Dr. Francke beizutreten. In einer solchen Bevorzugung einer einzelnen Provinz werde man um so weniger eine Ungerechtigkeit finden können, wenn man erwäge, daß es sich um eine neue Provinz handele, die dem Staate eine gute Mitgift gebracht habe. Als das Haus das Einverleibungsgesetz im Jahre 1866 beschloß, da kam es darauf an, den neuen Genossen ein Vaterland zu geben, wohnlicher, reicher und freier, als das, was sie verloren. Er empfehle deshalb den Kommissions-Antrag, eventuell das Amendement Kardorf zur Annahme.

Abg. Freiherr v. Vincke: Er habe gegen die Vorlage die erheblichsten rechtlichen und politischen Bedenken. Er erlaube sich, dem Herrn Berichterstatter zu bemerken, daß wir in den alten Provinzen schon seit Jahren eine Selbstverwaltung haben, mit dem Unterschiede, daß diese die Fonds, um welche es sich hier handelt, aus der eigenen Tasche geben müßten. (Zustimmung links.) Die ausgleichende Gerechtigkeit habe darauf zu achten, daß nicht einer Provinz Summen aus der Staatskasse zufließen, welche die anderen Provinzen aus der eigenen Tasche aufbringen müßten; denn eine Provinz habe nicht mehr Anspruch auf die Staatskasse, als die andere. (Sehr richtig.) Von den Einrichtungen, für welche der Domanialfonds in Hannover bestimmt sei, fielen außer den wissenschaftlichen und Kunstsammlungen und den Landesbibliotheken allenfalls die Zuschüsse zur Unterhaltung der jüdischen Schulen und Synagogen noch in den Kreis staatlicher Verpflichtung. Die übrigen Bedürfnisse seien prinzipieller Natur und würden, wie die Wegebaufonds in den alten Provinzen, durch provinzielle Umlagen beschafft. Auch in Hannover hätten dieselben von provinzialer Selbsthülfe ihre Befriedigung zu erwarten. Das Haus werde gewiß seine Zustimmung geben zur Verbesserung der Kommunikationen, eben so gut, wie die Provinzialstände in Hannover. In dieser Beziehung könnten unsere neuen Landsleute unbedingtes Vertrauen zu uns haben. Er wolle der Provinz die Mittel nicht entziehen, sondern sich nur die jedesmalige Bewilligung im Etat vorbehalten. Die alten Provinzen hätten ganz enorme Beiträge für Chausseebauten aufbringen müssen. Er wolle auch den gegenwärtigen Zustand in Hannover aufrecht erhalten, aber nur mit der Maßgabe, daß der Landtag alle Jahr darüber beschließe. Wenn man die neuen Landsleute aus Hannover höre, so sollte man glauben, Preußen hätte mit der Erwerbung der Provinz Hannover ein bedeutendes Geldgeschäft gemacht. Solche Rechnung sollte man nicht aufstellen. Wenn man aber Vergleichungen anstellt, so müsse man doch fragen, was denn die Provinz Hannover gewonnen habe durch ihre Vereinigung mit dem preußischen Staat? Hannover sei aus einem Mittelstaat Glied eines deutschen Großstaates geworden, und das sei ein politischer Vortheil, der nicht hoch genug angeschlagen werden könne. (Lebhafter Beifall.) Das sollten die Herren aus Hannover doch bedenken. Wohl wolle man den neuen Landestheilen das Haus wohnlich machen; aber der preußische Staat sei nicht gewohnt, zu Gunsten irgend einer Provinz die Gerechtigkeit zu verletzen und einer Provinz ein Privilegium zu geben, welches die Verfassung nicht kenne. In den alten Provinzen existire schon lange die Selbstregierung in viel höherem Maße als in Hannover (oho!), nur mit dem Unterschiede, daß die alten Provinzen aus der eigenen Tasche verwalten, während die Provinz Hannover aus der Staatskasse verwalten wolle. Ob dies ein Selbstregiment sei, lasse er dahin gestellt sein. (Beifall.) Es würde eigenthümlich aussehen, wenn alle neuen Provinzen aus der Staatskasse Zuschüsse erhalten sollten, während die alten Provinzen, die den Krieg mit ihrem Gut und Blut geführt hätten, nichts erhalten sollen. Der preußische Staat sei von dem großen Kurfürsten an so regiert worden, daß er sich die Zuneigung seiner neuen Provinzen erworben habe. Die Vaterlandsliebe sei doch wahrlich nicht mit Geld zu erkaufen. Seien dies Grundsätze der Gerechtigkeit? Berechtigt Sie dies (nach links), sich den Namen national-liberal beizulegen? (Lebhafter Beifall.) Er setze Verstimmung gegen Verstimmung. Der Verstimmung der Provinz Hannover setze er die Verstimmung der acht alten Provinzen entgegen. (Sehr richtig.) Es sei eine Rechtsverletzung. Gegen den Provinzialfonds für Hannover protestire das „Suum cuique!", das unter dem Beifall von Millionen auch die Brust des Ministerpräsidenten ziere. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lasker: Er komme mit dem Wahlspruche, welchen der Vorredner citirt, zu dem entgegengesetzten Resultate. Es handle sich hier nicht um ein Geschenk für Hannover. Der Wegebau Hannovers sei sehr verschieden von demjenigen des alten Preußen. Ausgaben, welche bisher in Hannover vom Staate bestritten werden mußten, können nicht durch einen Federstrich der Provinz aufgebürdet werden. — Abg. Reichensperger: Ich erwarte, daß die Hannoveraner selbst zu stolz sein werden, das anzunehmen, was ihnen geboten wird, daß sie zu stolz sein werden, um sich dem Vorwurf auszusetzen, den die Rittergutsbesitzer der alten Provinzen so lange hören mußten, daß sie sich zum Nachtheil der übrigen den Lasten des Staates entzögen. Endlich aber halte ich uns gar nicht für berechtigt, Beschlüsse im Sinne der Vorlage zu fassen. Wir sind nicht dazu hierhergeschickt, um Geschenke zu votiren, sondern als Wächter des öffentlichen Rechtes. Ich stimme gegen das Gesetz. (Beifall.) — Abg. Miquel (für die Vorlage): Sie werden nicht wie die Fanatiker von 1791 handeln und die Existenz der einverleibten Provinz und alle Rechte und Pflichten ihr gegenüber leugnen wollen, um die Rechtseinheit zur Geltung zu bringen, sonst müssen Sie sich entschließen, die Summen alle dauernd auf die Staatskasse zu übernehmen. Was die politische Seite betrifft, so konstatire ich, daß die, welche heute die Vorlage zurückweisen, auch die Dezentralisation zurückweisen. (Hört! hört!) Die Regierung hat bei Einverleibung Hannovers auf die Macht der nationalen Idee vertraut; stützte sie sich dabei nur auf ihr Schwert und die Gewalt, so stände es es schlimm um Preußens Ruf in Deutschland. Diesen zu stützen nehmen Sie den Antrag der Kommission an! — Ministerpräsident Graf Bismarck: Hätte die Regierung die Befürchtung gehegt, daß ihre Vorlage hier heute scheitern könnte, dann wäre es ein Fehler gewesen, die abschlägige Antwort den Hannoveranern nicht schon im September zu geben, dann hätte sie nicht durch Zusagen Hoffnungen erregen sollen, die Monate lang gewirkt haben und die sie jetzt nicht zu erfüllen vermag. Die Regierung hatte unzweifelhaft im September das Recht dazu, diesen Anspruch jener Provinz abzulehnen. Ich will nicht darauf eingehen, welche dieser Forderungen klagbarer Natur sind, aber so weit ich politisch und budgetgemäß die Sache übersehe, würden die Zahlungen zu ihrem größten Theile dieselben gewesen sein. Wenn die Staatsregierung von ihrem Rechte der Ablehnung keinen Gebrauch gemacht hat, so ist sie dabei von zwei Rücksichten geleitet worden. Die eine bestand in dem Wunsche, der Provinz den Uebergang aus den alten gewohnten Zuständen zu erleichtern, Billigkeitsrücksichten walten zu lassen; die andere, welche persönlich auf mich von Einfluß gewesen, war die, auf diese Weise eine größere Dezentralisation, als sie bisher im preußischen Budget gefunden wurde, anzubahnen und, um auch in den übrigen Provinzen zur Selbstverwaltung überzugehen, an diesen hessischen und hannoverschen Vorgang weitere Vorlagen im nächsten Jahre zu knüpfen. — In Bezug auf den ersten Punkt erlaube ich mir zu bemerken, daß uns zunächst maßgebend war der Wunsch unserer Freunde in jener Provinz, derjenigen, die sich aufrichtig an uns angeschlossen und die welfischen Schiffe hinter sich verbrannt hatten, derjenigen, auf deren kräftige Unterstützung wir um so sicherer rechnen konnten, als sie sich zu Gunsten Preußens und des deutschen Vaterlandes so entschieden kompromittirt hatten, daß eine Rückkehr in die alten Zustände für sie fast nachtheiliger gewesen wäre, als für den preußischen Staat. Diese gaben uns die Zusicherung, daß eine derartige Einrichtung auch mit den preußischen Interessen concidire, und wir haben ein großes Maaß von Vertrauen auf das Urtheil dieser Männer gelegt, nachdem sie uns durch das, was ich soeben das Verbrennen ihrer welfischen Schiffe genannt habe, sich verbürgt hatten. Wir sind demgemäß auf den Wunsch des Provinzial-Landtages eingegangen, aus Billigkeitsrücksichten, denen jede Politik Rechnung tragen muß, unter denen allerdings obenanstehend die Vermögensverhältnisse des Königreichs Hannover waren. Nach der Uebersicht der hannoverschen Etats von 1864 und 1865 in der Ausgabe des Gothaer Almanachs für 1866 belief sich das Vermögen der hannoverschen Regierung in damaliger Zeit in Gestalt des Domanialfonds auf 19 Millionen, in Gestalt des Klosterfonds auf 15 Millionen; dies macht zusammen 34 Millionen. Dazu sind vorhin vom Herrn Abgeordneten Miquel die Eisenbahnen mit etwa 70 Millionen in Anschlag gebracht worden, macht 104 Millionen. Die Eisenbahnen sind aber mehr werth; sie ergaben im vorigen Jahre 7,400,000 Rt. Bruttoertrag und ihr Nettoertrag belief sich auf 2,800,000 Rt. Außerdem beliefen sich die Revenuen des Königreichs Hannover aus den Forsten, Bergwerken und Domänen zusammen auf 5,294,000 Rt. Wenn die Herren einen ungefähren Ueberschlag machen wollen, was diese Beträge kapitalisirt ergeben würden, wenn auch nur zu 4 pCt., so werden sie auf eine Summe von 300 Millionen kommen; wollte ich die Bruttoerträge zu Grunde legen, so ergäbe sich ein Kapital von 400 Millionen und mehr. Der Abgeordnete für Minden sagt, anscheinend mit Recht, ja die Hannoveraner haben lange Zeit sich auf die faule Seite gelegt, sie haben nicht das Nöthige gethan im Interesse der Landesvertheidigung, sonst würden sie diese Ersparungen nicht gemacht haben. Ja, meine Herren, eine schlechte Anstalt für die Landesvertheidigung bestraft sich immer selbst; dafür haben sie ihre Selbstständigkeit verloren (Oh! oh! links). Der Abgeordnete für Minden hat mich nachher eines Mangels an historischer Kenntniß des Vaterlandes geziehen, indem er erinnerte an eine Aeußerung, die ich in der Kommission über die entgegenkommende Behandlung gemacht habe, welche neue Provinzen in Preußen stets erfahren hätten. Mir schwebt nur die Art vor, wie Rheinland und Westphalen zu meinen Lebzeiten behandelt wurden. Wir in den alten Provinzen wenigstens hatten immer den Eindruck, als ob sie die verzogenen Schooßkinder der Regierung gewesen wären, die auf unsere Kosten erzogen und gelobt wurden, und es ist mir eine angenehme Probe auf das Exempel gewesen, als bei der Grundsteuer-Ausgleichung eine dieser Provinzen sich beweisen lassen mußte, daß sie bisher 17 Millionen zu wenig gezahlt hatte und in Folge der Regulirung einen kleinen Zuwachs erhielt. Die Rheinländer, die in den 30er Jahren kein größeres Wohlwollen für uns hatten, als etwa jetzt die Hannoveraner, sind seitdem durch fortgesetzte gute Behandlung ebenso gute Preußen geworden. (Große Heiterkeit.) Was die Decentralisation betrifft, so habe ich es mit Freuden begrüßt, als das Ministerium nach einigen Kämpfen und Schwierigkeiten Seitens der Bureaux hier zuerst eine Bresche in das System der Centralisation zu legen im Stande war. Mir wurde dies sehr erleichtert durch den Vorgang in Kurhessen und die fanatische Liebe der Kurhessen zu ihrem Staatsschatz war vielleicht der erste Anstoß zu dieser Agitation. Die Kurhessen hatten auch, so lange keine Personalunion mit Preußen bestand, nicht mehr Recht auf den Staatsschatz als die Hannoveraner auf den Provinzialfonds. Gleichwohl wünscht sich die Regierung heute Glück dazu, daß sie auf das Verlangen der Kurhessen eingegangen ist. Ich wiederhole die Zusage, die ich in der Kommission gegeben, daß es die Absicht sämmtlicher Staatsminister, die von Sr. Maj. dem Könige gebilligte Absicht ist, im nächsten Budget auf diesem Wege weiter zu gehen und für sämmtliche Provinzen Vorlagen dahin zu machen, jeder Provinz einen Theil des Budgets zur Selbstverwaltung zu überweisen, allerdings in Ausgabe und Einnahme. Es kann sich nicht darum handeln, daß die einzelnen Provinzen sich unter einander Geschenke machen. Wo zwei Provinzen so entwickelt sind, daß sie baares Vermögen mitbringen, da liegt die Sache allerdings anders: ich wünschte, daß jede Provinz einen Fonds von 19 Millionen hätte. Da dies aber nicht der Fall ist, so würde eine Ueberweisung von Kapital an die einzelnen Nichts weiter sein, als ein Geschenk, das Schlesien an die Rheinprovinz macht unter der Bedingung, daß diese ein Gegengeschenk macht. Es kann da nicht von einem Geldinteresse, sondern nur von Decentralisation die Rede sein, sofern die provinzielle Verwalutng für gewisse Gebiete geeigneter ist, als die centralisirte. Wäre das nicht eine Absicht gewesen, die wir gehabt (ich persönlich seit Jahren), so wären wir nicht so entgegenkommend gewesen. Sollte nun diese Vorlage, dieser erste oder eigentlich zweite Versuch zur Decentralisation, scheitern, so kann das keine andere Wirkung haben, als daß die Regierung in hohem Grade entmuthigt wird, und ich weiß nicht, ob sie auf diesem Wege wird fortgehen können. — Ist denn die Bevorzugung einer Provinz etwas so Unerhörtes? Haben wir nicht 40 Millionen für Eisenbahnen in einer Provinz votirt (Widerspruch), zwar nicht direkt zur Bekämpfung des jetzigen Nothstandes, aber doch künftiger Nothstände, während eine Million, wenn auch unfruchtbar angelegt, den jetzigen Nothstand wirksamer bekämpft hätte? Werden wir nicht bereit sein, für diese Provinz noch mehr zu leisten? (Hört!) Die Provinz Hannover bestechen, ihre Anhänglichkeit zu erkaufen, war die Absicht der Regierung nicht, wohl aber, sie durch die Rücksicht auf ihren Entwickelungsgang zu zu gewinnen, so daß auch der weniger Urtheilsfähige sagt: es geht uns nicht schlechter, man behandelt uns wohlwollend. Wir wollen Vertrauen zeigen und warten, wir wollen gut machen, was zornige Reden an dieser Stelle vielleicht schlecht gemacht haben. (Hört!) Wohl hätten wir auf die Unterstützung der Fraktion dieses Hauses ein Anrecht, deren Basis der Ausdruck des Vertrauens zur Regierung des Königs war. Vor dem Budget wäre diese Vorlage vielleicht leichter angenommen; sollte das Gegentheil seinen Grund in einer Verstimmmung haben, die durch die Voten der hannoverschen Abgeordneten auf der Rechten erzeugt ist? Diese Verstimmung ist bei der Regierung gerade so vorhanden, wie bei den Abgeordneten. (Heiterkeit.) Wir hatten gehofft, daß die hannoverschen Abgeordneten frei von der Wirkung eines glücklich beendigten Konflikts eine mehr vermittelnde Stellung einnehmen würden und haben mit Bedauern gesehen, daß sie sich sehr rasch und tief in dem hiesigen Parteileben gefärbt und auf das Zusammengehen mit der Regierung nicht den Werth gelegt haben, wie ich glaubte. Aber das ist hier vollständig gleichgültig. Die Regierung hält an der Vorlage im Interesse der gesammten preußischen Politik fest; sie würde sie für nützlich und nothwendig halten, selbst wenn sämmtliche hannoversche Abgeordneten wie ein Mann so stimmen sollten, als wenn sie in der preußischen Residenz gewählt wären. (Beifall und Heiterkeit.) — Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Kiel, 4. Februar. Das Postdampfschiff aus Korsoer ist in Folge stürmischer Witterung erst um 11 Uhr 30 Min. Vormittags hier eingetroffen, und hat somit den Anschluß an den Morgenzug nicht erreicht.

Frankfurt a. M., 4. Februar. Die Hamburger Vereinsbank bringt morgen in Gemeinschaft mit den Häusern Haller, Soehle und Comp. in Hamburg und von Erlanger und Söhne in Frankfurt a. M. eine neue 6prozent. finnländische Anleihe an den Markt. Der Emissionspreis ist 96½ in Hamburg und 97¾ in Frankfurt a. M.

Ausland.

Wien, 2. Februar. Als künftiger Statthalter von Tyrol wird der ehemalige Verwaltungs-Minister unter Schmerling, von Lasser, genannt. — Das Gerücht, daß der Vice-Admiral Tegetthoff zum Admiral und Chef der österreichischen Marine ernannt

werden wird, scheint sich zu bestätigen. Ob er nichts desto weniger die bevorstehende ostasiatische Expedition befehligen werde, soll noch nicht entschieden sein.

— Das ungarische Eisenbahn-Anlehen ist nicht ganz gezeichnet worden. Ein Hauptfehler des ungarischen Finanzministers besteht darin, daß er die Presse nicht für sich zu gewinnen wußte.

Paris, 3. Februar. Im gesetzgebenden Körper wurde die Debatte über das Preßgesetz fortgesetzt. Olivier verfocht seine Idee, daß für Vergehen, die speziell als Preßvergehen angesehen würden, auch eine spezielle Jurisdiktion in Kraft treten müsse, die mit Wahrung der Prinzipien absoluter Freiheit den Anforderungen des Rechtes für Alle Genüge leisten würde. Der „neunzehnte Januar“ habe offenbar der Freiheit eine Grundlage geben wollen. Um so mehr sei es zu beklagen, daß der Kaiser sich von solchen Vorsätzen durch die Apostel der Engherzigkeit habe abwendig machen lassen. — Es hieß, der Staatsminister Rouher würde noch im Laufe der Sitzung das Wort ergreifen, um dieses Amendement zu bekämpfen. „France“ und „Patrie“ glauben nicht, daß eine Zurückziehung des Gesetzes beabsichtigt sei. Das erstere Blatt ist der Ansicht, daß etwa 170 für und 60 gegen dasselbe stimmen werden. Gestern hat wieder eine Sitzung des Geheimen Rathes stattgefunden.

Paris, 4. Februar. Gesetzgebender Körper. In seiner heutigen Rede besprach der Staatsminister Rouher den Kaiserlichen Brief vom 19. Januar v. J. und stellte in Abrede, daß die Regierung versucht habe, die liberale Bewegung zu hemmen. Wir haben, sagte der Minister, das uns anvertraute Werk aufrichtig übernommen. Es haben sich gewisse Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Gesetzes kundgegeben. Wir haben reiflich die Frage geprüft und das Resultat dieser Prüfung ist der feste Wille, das Gesetz mit aller Kraft aufrecht zu halten. Diese Verpflichtung sind wir eingegangen und vor einer Verpflichtung weicht eine starke Regierung niemals zurück. Wir fürchten die Presse nicht, denn wir haben die Mittel, dieselbe im Zaum zu halten. Der Minister glaubt nicht an die Beschwichtigung der Parteien, wohl aber an die Ohnmacht derselben. Darum müsse die Majorität fest zu den Entschlüssen der Regierung stehen und sich nicht spalten. Der Minister schließt: „Eine neue Generation ist gekommen. Die 4 Millionen Wähler, welche das Kaiserthum errichteten, sind nicht mehr. Neue 4 Millionen Wähler beleben die Nation mit neuem Eifer. Wir dürfen sie nicht aufhalten, wohl aber müssen wir sie leiten“. Artikel 1 und 2 des Preßgesetzes werden angenommen. Gegen den ersten Artikel, welcher die vorgängige Genehmigung der Regierung zur Gründung von Zeitungen abschafft, sprach Benoit. Der Staatsminister Rouher nahm darauf das Wort zu einer längeren Entgegnung, in welcher er von dem Satze ausging, daß die Gedankenfreiheit, als unzerstörbare Errungenschaft des Volkes, durch das Gesetz nicht in Frage gestellt werden solle. Der erste Artikel wurde darauf mit 215 gegen 7 Stimmen angenommen. — „Patrie“ meldet: Der Kaiser hat heute Vormittag den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers, sowie mehrere Minister und Mitglieder des Geheimen Rathes empfangen.

Florenz, 4. Februar. An unterrichteter Stelle werden die Nachrichten über den bevorstehenden oder schon erfolgten Abschluß einer neuen Konvention zwischen Italien und Frankreich als unbegründet bezeichnet. Das Ministerium bemühe sich im Gegentheil, wieder auf den Zustand der September-Konvention zurückzukommen. Eine Gesellschaft englischer Kapitalisten hat der Regierung ein Anerbieten zu einer Finanz-Operation in Höhe von 400 Millionen gemacht.

— (Deputirtenkammer.) Sämmtliche Kapitel des Etats der Justizverwaltung wurden angenommen. Darauf brachte der Finanzminister Gesetzvorlagen ein, betreffend die Erhebung der direkten Steuern, die Verwaltung der Staatsgüter, das Staatsrechnungswesen und die Umgestaltung der für Regierungs-Konzessionen zu errichtenden Steuern.

London, 4. Januar. Die Verluste an Schiffen während des vergangenen Monats werden auf 12 Dampfer und 374 Segelschiffe beziffert.

— Mit dem Dampfer „Oneida“ aus Buenos-Ayres vom 22. Dezember v. J. eingetroffene Nachrichten melden, daß in Folge der Cholera die halbe Bevölkerung aus der Stadt flüchtete. Es herrschte allgemeine Panik und eine, besonders in den letzten zehn Tagen, furchtbare Geschäftsstockung. Die städtische Behörde that Nichts zur Reinigung der Stadt; das Volk erzwang daher den Rücktritt derselben. Seitdem that die Regierung energische Schritte, um der Epidemie zu begegnen. Das Wetter wurde günstiger, die Sterblichkeit begann sich zu vermindern.

— Per Dampfer „Bremen“ aus Newyork vom 25. v. Mts. datirte Nachrichten melden, daß der Ausschuß im Kongreß für auswärtige Angelegenheiten dem Vernehmen nach folgende Anträge stellen wird: Naturalisirte Bürger der Vereinigten Staaten sollen mit denen in den Unionsstaaten Geborenen gleichen Schutz im Auslande genießen, mit Ausnahme solcher, welche sich Verbrechen gegen fremde Regierungen schuldig gemacht haben; desgleichen sollen aus dem aktiven Militärdienste desertirte Personen oder solche ausgenommen sein, welche sich seit einem Jahre außerhalb der Union angesiedelt haben. Der Präsident der Vereinigten Staaten soll in allen sonstigen Fällen, wo Verhaftungen stattgefunden haben, die Freilassung der Verhafteten fordern, und wenn dieselbe verweigert wird, berechtigt sein, Unterthanen der betreffenden fremden Regierung zu verhaften. — Der Präsident Johnson hat am 24. v. Mts. den Vertreter des norddeutschen Bundes in offizieller Audienz empfangen.

Dublin, 3. Februar. Heute sind hier vier Fenier verhaftet worden, worunter einer der bei den Plünderungen der Waffenläden in Cork Betheiligten.

Southampton, 4. Februar. Der norddeutsche Lloyd-Dampfer „Bremen“ ist heute mit 66 Passagieren, 44 Säcken Postsachen für England und 147,494 Dollars in Kontanten für London angekommen.

Madrid, 3. Februar. Die Kammer hat den Gesetzentwurf, betreffend eine Reform des Wahlgesetzes, abgelehnt.

Rußland. (Krzztg.) Der Nothstand in Rußland ist in stetem Wachsen begriffen und umschließt immer weitere Kreise. So wird der „B.-Z.“ aus Wiborg (Finnland) geschrieben, daß die Armuth mit jedem Tage steige, daß ganze Familien aus dem Norden Finnlands um Arbeit zu bitten kommen, aber keine Arbeit finden können. Die Gesellschaft thut, was sie kann, um die Noth zu steuern, aber die allgemeine Theuerung berührt mehr oder weniger Alle. — Aus Helsingfors (Finnland) wird gemeldet, daß der Typhus daselbst epidemisch geworden ist und immer bedrohlichere Verhältnisse annimmt. Die drei neu erbauten Typhus-Hospitäler sind bereits nicht mehr ausreichend zur Unterbringung der Kranken. Außerdem herrschen besonders unter den Kindern gefährliche Halskrankheiten. Trotz dieser schlimmen Lage erwartet man für die Zukunft noch Schlimmeres, da der Genuß aller möglichen Brodsurrogate bei ihrer Unverdaulichkeit bei Vielen Wassersucht erzeugt, die in den meisten Fällen mit dem Tode endet. — Der Korrespondent des „Golos“ theilt aus den jenseit Moskaus belegenen Gouvernements eben auch keine erfreulichen Nachrichten mit. Im Gouvernement Rjäsan haben die Bauern fast alle ihre Pferde zu fabelhaft billigen Preisen, d. h. zu 5, ja zu 3 Rubeln, losschlagen müssen, weil das Stroh der Dächer nicht einmal zur Fütterung hinreicht. Alle Lebensmittel sind entsetzlich theuer und die Vorrathsmagazine leer. — Der „B.-Z.“ wird geschrieben, daß die Verarmung des Volkes mehr und mehr vorschreite und eine der Kreis-Landversammlungen des Gouvernements Twer 11 Armenkuratoren erwählt habe, welche in jedem Kirchspiel einen Kollektensammler erwählen und diesen mit dem Dorfältesten zusammen mit einer Büchse und einem Hefte bei den Bauern umherschicken sollen, um Beiträge für die Nothleidenden zu sammeln, welche der Dorfälteste in dem Hefte zu bescheinigen hat. — Dem „Moskwitsch“ wird aus Kaljasin (Gouv. Twer) berichtet, daß die Getreidepreise in Schrecken erregender Weise steigen und die Bauern in Folge der Mißernte ohne Getreide seien. Sonst haben die Bauern des Kreises noch Getreide nach Moskau und Petersburg schicken können, jetzt haben höchstens 2/3 derselben ihre Winterfelder mit frischgedroschenem Roggen besäen können, aber für den Rest des Jahres nichts übrig behalten, so daß sie ihr Mehl aus den Handlungen kaufen müssen. Hand in Hand mit der steigenden Armuth geht die wachsende Zahl der Verbrechen.

Washington, 25. Januar. Präsident Johnson hat dem Kongreß eine Botschaft übersandt, durch welche eine Gesetzvorlage über die politische Gleichstellung des Distrikts Kolumbia angekündigt wird. Die Botschaft war erfolglos, weil der Kongreß sich vor dem Verlauf der 10 Tage, welche dem Präsidenten durch die Konstitution für die Erwägung der Gesetzesvorlagen gewährt sind, vertagt hatte. — Es wird berichtet, daß der Rekonstruktions-Ausschuß eine Gesetzesvorlage einbringen werde, durch welche dem höchsten Gerichtshofe die Gerichtsbarkeit über solche Fälle, welche durch die Ausführung des Rekonstruktionsgesetzes veranlaßt sind, entzogen werden soll. — Stanton hat bestimmt erklärt, daß er auf seine ihm durch das Votum des Senats wiedergegebene Stelle als Kriegsminister nicht verzichten werde.

Pommern.

Stettin, 5. Februar. In dem Hause gr. Wollweberstraße Nr. 25 entstand heute Vormittag ein Schornsteinbrand, der indessen ohne Anwendung von Spritzen durch einige Mannschaften der Feuerwehr gedämpft wurde.

— In der Zeit vom 31. v. Mts. bis 3. d. Mts. ist vom Boden des Hauses Schulzenstraße Nr. 15 eine Partie Wäsche gestohlen.

Wollin, 3. Februar. Der Giftmord-Prozeß gegen den Buchbindermeister Wittmann soll am 18. d. M. in Posen zur Verhandlung gelangen, zu welchem Termine von hier allein 26 Zeugen vorgeladen sind.

Cammin, 3. Februar. (Od.-Z.) Gestern starb hier wieder ein alter Veteran der Freiheitskriege, Ritter des eisernen Kreuzes, Stadtrath und früherer Apotheker Wegner. Der Verstorbene, seit vielen Jahren Mitglied unserer städtischen Behörde, hat sich viel Liebe und Achtung erworben. Sein plötzlicher Heimgang am Schlagfluß findet daher die größte Theilnahme.

Kreis Franzburg. Am 1. Februar gingen der Haakhändler Schult und der Schneidermeister Wettläufer aus Prerow, um von Bliesenrade aus nach Barth zu gelangen, über's Eis. Als sie etwa ein Viertel der Tour zurückgelegt hatten, brach der Schult, welcher etwas voraus ging, durch die Eisdecke, und es gelang dem Begleiter trotz aller Anstrengung nicht, den Schult vom Ertrinken zu retten.

Aus dem Bütower Kreise, 2. Februar. (Kr.-Z.) An Lebensmitteln nun fehlt es bei uns hier nicht. Man betrachte und beobachte den Wochenmarktsverkehr in unserer Kreisstadt. Es wird mehr angefahren, als der Konsum bedarf. Oft stehen die müden Pferde nach 5 Uhr Nachmittags vor den beladenen Wagen. Der Konsum ist gedeckt und keine Aussicht bei schon sinkendem Tage auf Absatz. Eben so wenig fehlt es an Geld bei uns; denn es gebricht hier nirgends an Arbeit, wohl aber bedeutend an Arbeitslust. Als die Kommune Bütow Holz im Forst schlagen lassen wollte, brachten die Arbeiter bis auf einen sämmtlich die Sägen zurück, „weil die Arbeit nicht genug (d. h. außer den bedeutenden Holzabfällen 8—9 Sgr. täglich) einbringe.“ Mehrere nach Köslin zur Arbeit an der Bahn gegangene Tagelöhner kamen nach wenigen Tagen wieder, weil „sie von 12 Sgr. täglichem Verdienst nicht fett werden könnten.“ Auf dem Landrathsamte meldete sich kürzlich ein junger Mensch mit der Bitte um Unterstützung, da er nichts zu leben habe. Der anwesende Landrath, welcher auf seinem Gute einen Busch, aus Wacholder, Haselnuß u. s. w. bestehend, roden läßt, bot ihm freie Wohnung und 3 Thlr. Arbeitslohn für den Morgen. Aber nichts fiel dem Petenten weniger ein, als zu arbeiten.

Stralsund, 4. Februar. (Ostſ.-Ztg.) Zur Abwehr des Nothstandes ist auf dem gestern hier abgehaltenen Kreistage des Franzburger Kreises ein schon vor Jahren aufgestelltes Projekt genehmigt, nämlich die Erbauung einer Chaussee von hier nach dem Kirchdorfe Prohn (etwa eine Meile nördlich von Stralsund). Durch gemeinsames Zusammenwirken des Kreises, sowie der betheiligten Gutsbesitzer, Pächter und der Stadt Stralsund sind die nöthigen Mittel gesichert und darf auch auf die Staatsprämie gerechnet werden. Man hofft hier auf sofortigen Beginn der Arbeit, da viele bedürftige Familien durch Mangel an Arbeit schwer betroffen werden. — Die Stadt Stralsund hat sich schon im Herbst des vergangenen Jahres entschlossen, der Noth durch Fortsetzung der Hafenbauten kräftig entgegenzutreten. Man sieht am Hafen gegen 150 Arbeiter mit Aushebung des schiffbaren Festungsgrabens beschäftigt, und wird diese Arbeit auch bei Frostwetter fortgesetzt.

Aus Schivelbein, 3. Februar. Einer von dem Herrn Bürgermeister Hasenjäger bei Gelegenheit der Einweihung des neuen Rathhauses gehaltenen Rede entnehmen wir folgende interessante Daten: 1230 ist Schivelbein wahrscheinlich von Otto III. dem Frommen von Askanien erbaut. — 1469 entstand zwischen der Stadt Schivelbein einerseits und dem benachbarten Belgard andererseits eine Fehde wegen einer Kuh, welcher Streit in einer Schlacht zwischen den Dörfern Langen und Heyde endete und wobei die Belgarder recht gründlich auf das Haupt geschlagen wurden. Sie verloren 300 Todte und 100 Verwundete und 50 Wagen voll Kriegsmaterial. — 1617 wurde Pfarrer Haclath aus Rützenhagen auf dem hiesigen Marktplatze hingerichtet, welcher am 8. Mai 1616 den Pfarrer Lübke aus Wopersnow hier im Pfarrhause erstochen hatte. — Im dreißigjährigen Kriege hatte die Stadt so bedeutend gelitten, daß sie noch im Jahre 1719 nur 522 Einwohner zählte. — 1689 ist die Stadt bis auf die Kirche, das alte Hospital, das alte Schulhaus und 3 massive Häuser abgebrannt. In neuerer Zeit hat die Stadt einen recht erfreulichen Aufschwung genommen. Sie zählt 5518 Personen in 1239 Familien. Ihr Besitz besteht in einer ansehnlichen Forst von 2657 Morgen in Brunow und 708 Morgen an Aeckern, Wiesen u. s. w. Das Baarvermögen beträgt 31,588 Thlr., die Schulden belaufen sich auf 17,650 Thlr. Aus der Sparkasse, deren Einlagen sich nach dem letzten Berichte vom 23. v. Mts. auf 500,942 Thaler berechneten, hat die Stadt bisher schon einen Reingewinn von 6078 Thlr. erzielt.

Vermischtes.

— (Ein armer Millionär.) Rothschild, der Krösus, derselbe Frankfurter Rothschild, der den Monte Christo übernabobt, lustwandelte in dem Wohlthätigkeits-Bazar im Königlichen Schlosse. Er dachte vielleicht daran, daß es ein köstlicher Spaß wäre, binnen fünf Minuten den ganzen Bazar leerzukaufen und so den Hungernden und Feiernden einige Tage früher die zugedachte Hülfe angedeihen zu lassen. Was läge ihm [illegible] einem solchen Opfer? Ihm, der „das ganze Geld“ hat! Er tritt an einen Verkaufstisch, er wendet sich an eine der Damen und bittet sich deren Portrait aus. Die Angeredete, die graziöse Trägerin zweier berühmter Namen, reicht ihm die verlangte Karte, und in ihre kleine, im Namen der Ostpreußischen Noth geöffnete Hand, fällt — staune, Europa! — Ein Friedrichsd'or. Herrn Rothschild aber bitten wir zu bedenken, daß er auf dem besten Wege ist, ein Verschwender zu werden. Das ganze Dutzend Photographien kostet vielleicht nur acht Thaler, und er giebt für eine einzelne 5 Thlr. 20 Sgr.! Bedenke das Ende!

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Februar. Witterung: leicht bewölkt, Nachts Sturm und Schnee. Temperatur + 5° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen matter, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 99—103 Rt. bunter poln. 96—101 Rt., weißer 102—106 Rt., ungarischer 90—96 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Februar 99 Rt. nom., Frühjahr 100½, 100 Rt. bez., Mai-Juni 100½ Rt. bez. u. Br.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 76—78 Rt. bez., feiner 78½ Rt. bez., Februar 78 Rt. Br., Frühj. 78½, 78, 77¾, ⅝ Rt. bez. und Gd., Mai-Juni 77¾ Rt. Br., 77½ Rt. Gd., Juni-Juli 76⅝ Rt. bez., 76 Rt. Br., Juli-August 77¾ Rt. Br.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco 52—54 Rt. bez., schlesische per Connoissement 52½ Rt. bez., Frühjahr schles. 55 Rt. Gd.

Hafer still, per 1300 Pfd. loco 36½—37½ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 38½ Rt. Br., 38 Rt. Gd.

Erbsen unverändert, per 2250 Pfd. loco 68—70 Rt. bez., feine 71 Rt. bez., Frühjahr Futter- 71½ Rt. Br.

Rüböl behauptet, loco 10¼ Rt. Br., Februar-März 10 1/12 Rt. Br., 10 Gd., April-Mai (gestern Nachmittag 10⅙, 5/24 Rt. bez.), 10⅙ Gd., 10¼ Br., September-Oktober 10½ Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 19⅝ Rt. bez., Februar-März 19½ Rt. bez., Frühjahr 19 11/12 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 20⅙ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 20⅓ Rt. Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 99, Roggen 78, Rüböl 10, Spiritus 19½.

Landmarkt.

Weizen 98—103 Rt., Roggen 70—76 Rt., Gerste 50—53 Rt., Hafer 36—38 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 66—70 Rt. per 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—20 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt.

Breslau, 4. Februar. Spiritus per 8000 Tralles 18⅔. Weizen per Februar 98 Br. Roggen per Februar 73¼, per Frühj. 74 Br. Rüböl pr. Februar 9¾ Br., pr. Frühjahr 9¾. Zink fest.

Hamburg, 4. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco sehr ruhig, auf Termine flau, 1 Rt. niedriger. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., per Februar-März 176 Br., 175 Gd., per Frühjahr 175 Br., 174 Gd. Roggen per Februar-März 5000 Pfd. Brutto 139 Br., 138 Gd., pr. Frühjahr 136½ Br., 136 Gd. Hafer stille. Rüböl flau, loco 22, per Mai 22¾, per Oktober 22⅜. Spiritus sehr stille. Kaffee still. Zink matt. — Wetter hell, aber windig.

Stettin, den 5 Februar.

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	151⅛ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143¼ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 B	Pr. National-V.-A.	4	119 B
„	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	119 B
„	2 Mt.	81⅙ B	Union	4	108 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	93⅛ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1000 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		100 B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Vulkan		100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	94 B			